

gem. 22 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts vom 18.12.1990

**Aufhebungsvermerk**

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes sind alle nach früheren baurechtlichen Vorschriften und städtebaulichen Plänen im Bereich dieses Bebauungsplanes getroffenen Festsetzungen aufgehoben.

Hierbei handelt es sich um die gänzliche Aufhebung des Durchführungsplans Nr. 140, förmlich festgesetzt am 04. 06. 1986 einschließlich der Teilflächen, die außerhalb des Bebauungsplans Nr. 964 liegen.

**Örtliche Bauvorschriften entfallen**

**Textliche Festsetzungen**

- Art und Maß der Nutzungen auf den überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen:
  - Gemäß § 9 (1) Nr. 6 Baugesetzbuch (BauGB) sind innerhalb der WR I o-Gebiete je Wohnfläche max. 2 Wohneinheiten (WZ) zulässig.
  - Gemäß § 16 (2) Nr. 4 Baunutzungsverordnung (BaunVO) darf die Firsthöhe bei eingeschossigen Gebäuden nicht mehr als 9,75 m - gemessen von der Oberkante der nachfolgenden öffentlichen Verkehrsfläche - betragen.  
Die tatsächliche Oberkante Erdgeschossfußbodens bei ein- oder zweigeschossigen Gebäuden ist nicht mehr als 25 cm - bezogen auf Oberkante der nachfolgenden öffentlichen Verkehrsfläche - betragen.
  - Im Flangebiet sind innerhalb der straßenseitigen Vorgehensbereiche gemäß § 12 (6) BauNVO Stellplätze und Garagen und gemäß § 14 (1) BauNVO Nebenanlagen nicht zulässig.
- Festsetzungen zur Verkleinerung:
  - Gemäß § 9 (4) BauGB in Verbindung mit § 51 a Landeswassergesetz (LWG) wird festgesetzt, daß Niederschlagswasser von Grundstück, die nach dem 01. Januar 1990 erstmals bebaut, befertigt, oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, vor Ort zu versickern, zu verrieseln oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten sind.
- Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB:
  - Bei einer Neubeauftragung ist für die dadurch entstehende Verengung eine Kompensationsfläche auf dem Baugrundstück herzustellen und diese mit 80 % extensiver Grünlandfläche und mit 20 % Gehölzen nach Vorgabe der Unteren Landschaftsbehörde vom Bauherrn anzulegen, dauerhaft zu sichern und zu pflegen.

**Hinweis**

Für den Schutz des Baumbestandes im Geltungsbereich des Bebauungsplans gilt die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Duisburg vom 27. 11. 1987 in der jeweils geltenden Fassung.

**Übersichtsplan Huckingen**

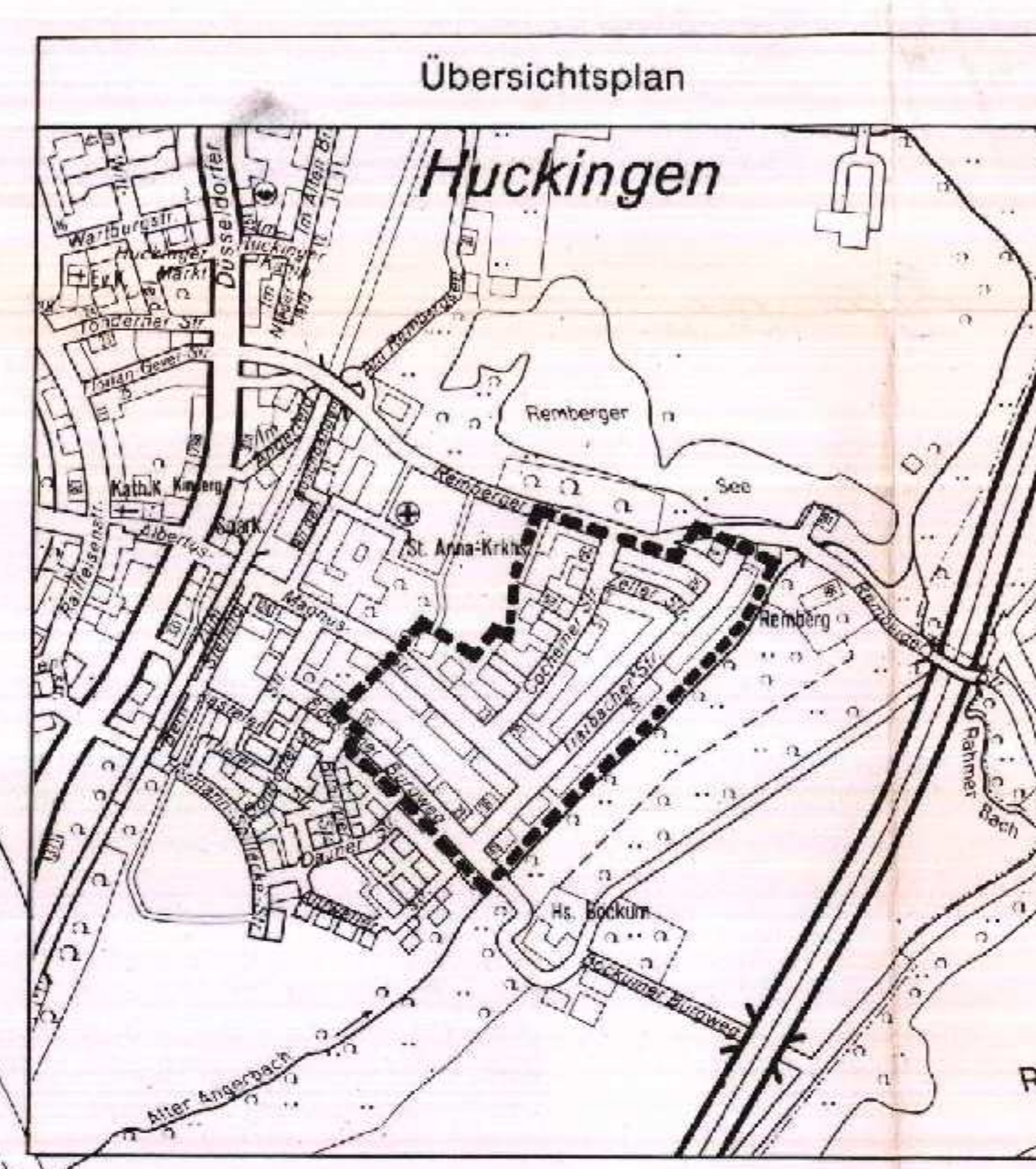
Anschluß R.-Plan Nr. 523

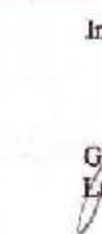


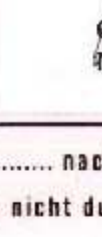




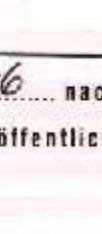
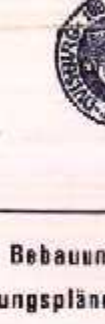

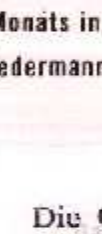
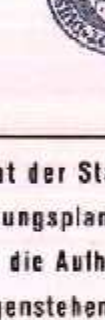
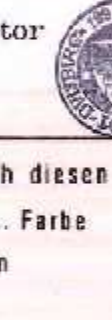
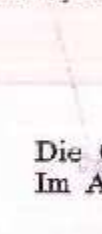
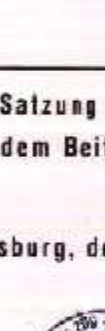
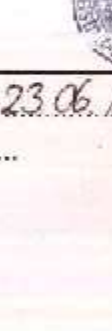






## Textliche Festsetzungen

- I. Art und Maß der Nutzungen auf den überbauenden und nicht überbauenden Grundstücksflächen.
  - a) Gemäß § 9 (1) Nr. 6 a Baugesetzbuch (BauGB) sind innerhalb der Wohnfläche je Gebäude ein Wohnraum mit Wohnflächen (Wf)  $\geq 30$  m<sup>2</sup> zulässig.
  - b) Gemäß § 9 (1) Nr. 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO) darf die Firsthöhe bei eingeschossigen Gebäuden nicht mehr als 9,75 m + geneigte Fläche der Überkante der nachstehenden öffentlichen Verkehrsfläche + betragen.  
 Die Geschosse oberhalb der Geschosshöheflächen bei den eingeschossigen Gebäuden des Wohngebietes 35b-1 sind nach der Geschosshöhe der nachstehenden öffentlichen Verkehrsfläche + betragen.
  - c) Im Tangential sind innerhalb der strahlenförmigen Vorgartenbreite gemäß § 12 (1) b) BauNVO Einfriedungen und Vorgärten nicht zulässig.
- Festsetzungen zur Versickerung:
  - a) Gemäß § 9 (4) BauGB in Verbindung mit § 51 a Landeswasser- und Abfallgesetz (LAWAG) sind für die Entwässerung der Grundstücke, die nach dem 01. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder als öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, vor Ort zu versickern, zu versickern oder ortsnah in ein Gewässer einzulassen sind.
- III. Festsetzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB:
  - a) Bei einer Neubebauung ist für die dadurch entstandene Versiegelung eine Kompensation vorzunehmen, die die Versiegelung ausgleichen und mit 80 % externen Grünflächen und mit 20 % Giesen nach Vorgabe der Unteren Landesbehörde vom Bauherren anzulegen, dauerhaft zu sichern und zu pflegen.

### Hinweis

Für den Schutz des Baumbestandes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes gilt die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Duisburg vom 27. 11. 1987 in der jeweils geltenden Fassung.



<h2 style="margin: 0;">I. Ausfertigung</h2>	
<p>Der Rat der Stadt hat am <u>22.03.1935</u> nach § 2 (1) Baugesetzbuch die Aufstellung dieser Bebauungsplan-Entwürfe beschlossen</p> <p>Duisburg, den <u>10.12.36</u></p>	<p style="text-align: center;">Der Oberstadtdirektor</p> <p style="text-align: center;">Im Auftrage    F. Schödl  1. Stabs. Baudirektor</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Der Aufstellungsbeschluss wurde am <u>20.04.1936</u> gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch ortsüblich bekannt gemacht.</p> <p>Duisburg, den <u>10.12.36</u></p>	<p style="text-align: center;">Der Oberstadtdirektor</p> <p style="text-align: center;">Im Auftrage    F. Schödl  1. Stabs. Baudirektor</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Der Rat der Stadt hat am ..... nach § 3 (1) Baugesetzbuch beschlossen, eine Bürgerbeteiligung nicht durchzuführen.</p> <p>Duisburg, den .....</p>	<p style="text-align: center;">Der Oberstadtdirektor</p> <p style="text-align: center;">In Vertretung</p> <p style="text-align: center;">Beigeordneter</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Ein Beschluss des Rates der Stadt nach § 3 (1) Baugesetzbuch wurde nicht gefasst.</p> <p>Duisburg, den <u>10.12.36</u></p>	<p style="text-align: center;">Der Oberstadtdirektor</p> <p style="text-align: center;">Im Auftrage    F. Schödl  1. Stabs. Baudirektor</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Der Rat der Stadt hat am <u>11.11.36</u> nach § 3 (2) Baugesetzbuch diesen Bebauungsplan Entwurf und seine öffentliche Auslegung beschlossen.</p> <p>Duisburg den <u>28. Okt. 1937</u></p>	<p style="text-align: center;">Die überbürgermeisterin</p> <p style="text-align: center;">Im Auftrage    F. Schödl  1. Stabs. Baudirektor</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Dieser Bebauungsplan-Entwurf, die Begründung und die aufzubewahrenden Bebauungspläne - siehe Auftragsvermerk - haben nach § 3 (2) § 3 (1) Baugesetzbuch, auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom <u>23.10.36</u> bis <u>31.01.37</u> einschließlich zu jedermann Einsicht öffentlich ausgelegt.</p>	
<p>Duisburg, den <u>28. Okt. 1937</u></p>	<p style="text-align: center;">Die Überbürgermeisterin</p> <p style="text-align: center;">Im Auftrage    F. Schödl  1. Stabs. Baudirektor</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Der Rat der Stadt hat am <u>23.06.37</u> nach § 16 Baugesetzbuch diesen Bebauungsplan einschließlich der Änderungen in <u>ROTE</u> Farbe sowie die Aufhebungen der Festsetzungen die diesem Bebauungsplan entgegenstehen ( siehe Auftragsvermerk) als Salzung beschlossen</p>	
<p>Duisburg, den <u>28. Okt. 1937</u></p>	<p style="text-align: center;">Die Überbürgermeisterin</p> <p style="text-align: center;">Im Auftrage    F. Schödl  1. Stabs. Baudirektor</p>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	
<p>Diese Salzung entspricht dem Beschluss des Rates der Stadt vom <u>23.06.1937</u> sowie dem Beitrittsbeschluss des Rates der Stadt vom .....</p>	
<p>Duisburg, den <u>02.04.1938</u></p> <p style="text-align: right; margin-top: 20px;">   Überbürgermeisterin </p>	
<div style="display: flex; justify-content: space-between;">   </div>	

Die Durchführung des Angebotsverfahrens gemäß § 11 Abs. 3 Angebotsbuch bei der Beauftragung Versandschliff mit der Vergütung vom 28.03.1958:  
A<sub>1</sub>: 35,- 12,02 [Dw.954] - auf vier Probestücke  
geltend gemacht worden, ist am 06.03.58 gemäß § 12 Angebotsbuch  
mit dem Hinweis, daß dieser Rohabsatzplan als Satzung mit Begründung  
vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung ab im Zimmer 415 des  
Stadthauses an den Werktagen, montags bis freitags, in der Zeit von  
7.30 Uhr bis 16.00 Uhr zu jedem beliebigen öffentlichen Auskunft, arts-  
tätlich bekannt gemacht wurden.  
Mit dieser Bekanntmachung tritt der Rohabsatzplan in Kraft.  
Auf die §§ 44 Abs. 3, und 215 Abs. 1 Angebotsbuch sowie mit § 7 Abs. 4  
der Gemeindeordnung NW wurde bei der Bekanntmachung hingewiesen.

Duisburg, den

5. März 1958

Die Oberbürgermeisterin  
Im Auftrage

G. v. d. L.

H. d. St. d. H. d. R.

(1)

Stadt Duisburg



Gemarkung Huckingen  
Flur 59 u. 60

# BEBAUUNGSPLAN NR. 964

## - Huckingen -

für einen Bereich nördlich des Bökkumer Burgwegs zwischen Alter Angerbach, Remberger Straße und westlicher Grenze der Wohnbebauung Coeherner Straße.

Maßstab 1:500

[illegible]

wird bescheinigt, daß die Bestandsangaben  
den Angaben der Katasterkarte und der Örtlichkeit  
entsprechen und daß die Festlegung der städte-  
baulichen Planung geometrisch eindeutig ist.

Duisburg, den 08 NOV. 96  
Vermessungs- und Katasteramt

Die Bearbeitung des Planentwurfs.

Duisburg, den 08 NOV. 96

Stadtplanungsamt

*Bothe*

Dieser Plan ist auf Grund von Bedenken und Anregungen  
in ..... Farbe geändert worden.

Duisburg, den .....  
Vermessungs- und Katasteramt      Stadtplanungsamt

.....  
.....

Duisburg, den 18. Juni 97  
Ermessungs- und Katastramt      Stadtplanungssamt  
*Neu*      *Lotte*

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page shows the binding of the book, with the adjacent page visible. There is no text or other markings on the page.

Dieser Behebungsplan hat mir im Anzeigeverfahren gem. § 1 Abs. 3  
Baugesetzstättengesetz  
Mit Verfügung vom 28.07.1962, Az.: 35-24-22 (Dau. 946)  
habe ich keine Rechtsverträge geltend gemacht.

Düsseldorf, den 28.07.1962

Der Regierungspräsident:  
Im Auftrage

Re 7-1601/6